



über die
1. Sitzung des Schul- und Sportausschusses
am Donnerstag, dem 22.03.2007
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:25 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Frank Ambrosch
Frau Gabriele Bartosch
Herr Michael Dubbel
Frau Marion Dydych
Herr Joachim Eckardt
Herr Daniel Heidler
Herr Heiko Klanke
Herr Bernhard Kohl
Frau Ursula Müller
Frau Nicola Zühlke

CDU

Herr Burkhard Brettschneider
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Herr Heinrich Kissing
Frau Ina Scharrenbach

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Alexandra Möller

FDP

Herr Alfred Mallitzky

BG (neu)

Frau Dagmar Leidecker

Sachverständige gem. Beschluss des Schul- und Sportausschusses

Herr Hans-Martin Böcker
Herr Reinhard Forthaus
Herr Ludger Töpfer

Verwaltung

Herr Reiner Brüggemann
Herr Klaus Güldenhaupt
Herr Markus Höper
Frau Elisabeth Schwenzner

Entschuldigt fehlten

Herr Reinhard Hasler
Frau Annette Mann
Herr Björn Tuxhorn

Der Ausschussvorsitzende, Herr **Eckardt**, begrüßte die Ausschussmitglieder, Herrn Schulamtsdirektor Forthaus, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt.

Einleitend in die Tagesordnung wies Herr Eckardt auf die wegweisende Bedeutung der zu treffenden Beschlüsse für die Schullandschaft in Kamen hin. Er bedankte sich bei der Verwaltung und allen Beteiligten für die intensive Vorbereitung und Begleitung des Prozesses zur Bildung der Grundschulverbände.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Benennung von Vertretern des Schulträgers zur Teilnahme an den Schulkonferenzen der Kamener Schulen	006/2007
2	Entwicklung der Schülerzahlen im Grundschulbereich	008/2007
3	Bildung von Grundschulverbänden a) Grundschulverbund der Gemeinschaftsgrundschule Brüder-Grimm-Schule mit der Gemeinschaftsgrundschule Schule In der Mark b) Grundschulverbund der Gemeinschaftsgrundschule Südschule mit der Kath. Grundschule Josefschule	012/2007
4	Festlegung der Zügigkeit der Kamener Grundschulen	011/2007
5	Mittagessen an Kamener Schulen A Sachstandsbericht B Gründung eines Mensaverieines für die Essensverpflegung an Kamener Schulen	010/2007
6	Sportförderung in Kamen hier: Übertragung von Ressourcenverantwortung an die Vereine	009/2007

7	Ortsbesichtigung der Käthe-Kollwitz-Schule hier: Antrag der CDU-Fraktion
8	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
006/2007

Benennung von Vertretern des Schulträgers zur Teilnahme an den Schulkonferenzen der Kamener Schulen

Beschlussempfehlung:

Für die Teilnahme an den Schulkonferenzen der Kamener Schulen gem. § 61 Abs. 2 Schulgesetz NRW werden benannt:

stimmberechtigtes Mitglied

der für Schulträgeraufgaben zuständige Beigeordnete/Dezernent oder ein vom Bürgermeister benannter Vertreter der Verwaltung

beratende Mitglieder

die / der Vorsitzende des Schul- und Sportausschusses und die / der stellv. Vorsitzende des Schul- und Sportausschusses

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.
008/2007

Entwicklung der Schülerzahlen im Grundschulbereich

Die Mitteilungsvorlage wurde ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 3.
012/2007

Bildung von Grundschulverbänden

- a) Grundschulverbund der Gemeinschaftsgrundschule Brüder-Grimm-Schule mit der Gemeinschaftsgrundschule Schule In der Mark
- b) Grundschulverbund der Gemeinschaftsgrundschule Südschule mit der Kath. Grundschule Josefschule

Die Verwaltung habe, so Frau **Dyduch**, die Entwicklung der betroffenen Schulen umfangreich dargelegt. Durch die landesgesetzliche Regelung sei die Möglichkeit zur Bildung von Grundschulverbänden geschaffen worden. Dieses stehe in Übereinstimmung mit dem Bekenntnis der SPD-Fraktion zum Erhalt wohnortnaher Schulen.

Frau Dyduch wies auf die bestehenden Befindlichkeiten bei der Bildung des Grundschulverbundes der Südschule mit der Josefschule hin. In der Vorlage der Verwaltung werde aber deutlich, dass alle Beteiligten auf dem Entscheidungsweg mitgenommen wurden. Die von der Verwaltung aufgezeigte Gestaltungsmöglichkeit zur Namengebung aus der Schule heraus sei zu begrüßen.

Frau **Scharrenbach** betonte, dass die CDU-Fraktion immer am Prinzip einer wohnortnahen Schulversorgung festgehalten und sich bereits früh mit der Thematik auseinandergesetzt habe. Die Landesregierung habe mit Blick auf den demographischen Wandel durch die gesetzliche Regelung zur Bildung von Grundschulverbänden eine Möglichkeit zum Erhalt kleiner Schulen eröffnet.

Es sei zu begrüßen, wenn die Besetzung der Stelle der stellvertretenden Schulleitung aus dem Teilstandort heraus erfolge. Die CDU-Fraktion spreche sich ausdrücklich dafür aus, das Zusammenwachsen der Verbundschulen zu fördern und hierfür Haushaltsmittel bereitzustellen.

Beschlussempfehlung:

1. Der Rat der Stadt Kamen beschließt gem. § 81 Abs. 2 in Verbindung mit § 82 Abs. 3 Satz 2 Schulgesetz (SchulG) NRW die Bildung nachstehender Grundschulverbände zum 01.08.2007:
 - a) Grundschulverbund der Gemeinschaftsgrundschule Brüder-Grimm-Schule mit der Gemeinschaftsgrundschule Schule In der Mark
 - b) Grundschulverbund der Gemeinschaftsgrundschule Südschule mit der Kath. Grundschule Josefschule

Die Brüder-Grimm-Schule und die Südschule verändern sich in sogenannte Stammschulen. Die Schule In der Mark und die Josefschule werden zum Teilstandort des jeweiligen Grundschulverbundes.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die gem. § 81 Abs. 3 SchulG erforderliche Genehmigung der Bezirksregierung Arnsberg einzuholen.
3. Die sofortige Vollziehung wird gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Festlegung der Zügigkeit der Kamener Grundschulen

Frau **Dyduch** erklärte, dass die von der Verwaltung vorgelegte Beschlussvorlage unter anderem auch den zurückgehenden Schülerzahlen geschuldet sei. Positiv sei, dass das aktuelle Schulraumangebot bestehen bleibe und zunächst nicht aus finanzpolitischer Sicht zurückgefahren werden soll. Hierüber sei erst in den Jahren 2010/2011 erneut zu diskutieren. Die von der Verwaltung dargelegte Linie sei schlüssig.

Frau Dyduch wies ausdrücklich darauf hin, dass die SPD-Fraktion die von der Landesregierung mit der Aufhebung der Schulbezirksgrenzen verfolgte Zielsetzung, insbesondere die Grundschulen in einen Wettbewerb zueinander zu bringen, politisch nicht unterstütze. Es sei vielmehr anzustreben, alle Schulstandorte zu fördern und zu stützen. Die gesetzlichen Vorgaben seien jedoch zu akzeptieren.

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Zügigkeit der Kamener Grundschulen werde von der CDU-Fraktion, so Herr **Kissing**, mitgetragen. Er wies darauf hin, dass alle von der Landesregierung bisher eingeleiteten Regelungen verträglich und händelbar seien. Bei der Umsetzung der Aufhebung der Schulbezirksgrenzen sehe er für Kamen keine größeren Probleme. Andere Städte würden hierin keine Bedrohung, sondern vielmehr eine Chance und ein Stück Freiheit in der Gestaltung der Schullandschaft sehen.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz:

1. Die maximale Zügigkeit der Kamener Grundschulen wird ab dem Schuljahr 2008/09 wie folgt festgelegt:

Glückaufschule	2-zügig
Friedrich-Ebert-Schule	3-zügig
Diesterwegschule	2-zügig
Eichendorffschule	2-zügig
Jahnschule	2-zügig
Schulverbund Kamen-Heeren-Werve (Stammschule 2-zügig/Teilstandort 1-zügig)	3-zügig
Schulverbund Kamen-Mitte (Stammschule 2-zügig/Teilstandort 1-zügig)	3-zügig

2. Die Verwaltung wird ermächtigt, in begründeten Einzelfällen an der Friedrich-Ebert-Schule, Diesterwegschule und Jahnschule einen weiteren Zug zuzulassen.

Der Schul- und Sportausschuss ist zu informieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.
010/2007

Mittagessen an Kamener Schulen
A Sachstandsbericht
B Gründung eines Mensaverieines für die Essensverpflegung an Kamener Schulen

Herr **Güldenhaupt** erinnerte daran, dass das Mittagessen an den Schulen bereits mehrfach Thema im Ausschuss gewesen sei. Hierbei verwies er insbesondere auf den Zuschussbedarf der Essensversorgung an der Gesamtschule, die bestehenden Probleme bei der Finanzierung des Essens in der Offenen Ganztagschule durch die Eltern und die Aktion Förderma(h)l.

Mit der Versorgungsküche der Gesamtschule und der Bewirtschaftung durch einen Mensaveriein verbinde sich die Möglichkeit, eine Essensversorgung für alle Kamener Schulen kostengünstig zu ermöglichen. Der Vertrag mit dem Cateringunternehmen laufe am 31.07.2007 aus. Der städtische Zuschussbedarf werde sich deutlich reduzieren. Daneben bestehe weiterhin das Ziel, eine Abfederung sozialer Härtefälle über den gemeinnützigen Verein und die Aktion Förderma(h)l zu gewährleisten.

Frau **Dyduch** erklärte, dass eine sinnvolle Lösung für alle Schulformen gefunden worden sei, insbesondere vor dem Hintergrund einer weiteren Ausweitung der Betreuungsangebote und des Nachmittagunterrichtes. Natürlich werde mit einer Bewirtschaftung durch einen Mensaveriein das Ziel einer Reduzierung des städtischen Zuschusses verfolgt, jedoch würden die ernährungsphysiologischen Belange nicht vernachlässigt. Die Gründung eines Mensaverieins sei eine gute Lösung. Mit der Gründung des Fördervereins Jugend lägen bereits gute Erfahrungen vor.

Frau **Scharrenbach** erinnerte daran, dass die CDU-Fraktion bereits bei der Haushaltsberatung 2006 einen Antrag gestellt habe, die Möglichkeiten einer Reduzierung des Zuschussbedarfes zu prüfen. Neben einer Reduzierung des Essensbeitrages in der Offenen Ganztagschule sei zu begrüßen, dass nunmehr auch die Realschüler nur noch den gleichen Essensbeitrag wie die Gesamtschüler leisten sollen. Die Gründung eines Mensaverieins sei neben der Bewirtschaftung durch private Unternehmen eine der möglichen Lösungen, werde jedoch auch von ihrer Fraktion unterstützt.

Frau Scharrenbach bat um Auskunft, welche Träger der Offenen Ganztagschule sich bereits für eine Versorgung durch den Mensaveriein entschieden haben.

Außerdem sollten beim Einkauf durch den Mensaveriein heimische Gewerbetreibende berücksichtigt werden.

Der noch zu wählende Vorstand des Mensaverieins werde, so Herr **Güldenhaupt**, den Hinweis gerne mitnehmen. Neben dem Förderverein Jugend für die OGS der Käthe-Kollwitz-Schule habe sich ein weiterer Träger für eine Versorgung durch den Mensaveriein ausgesprochen. Herr Güldenhaupt bat um Verständnis dafür, den weiteren Träger derzeit noch nicht benennen zu können, da die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien.

Frau **Möller** wies darauf hin, dass ein hochwertiges Essen nicht zum Nulltarif zu haben sei. Eine Zuschussreduzierung dürfe daher nicht auf Kosten einer vollwertigen Nahrung gehen. Es sollten regionale und saisonale Angebote genutzt werden.

Als Grundlage für Transparenz und Steuerungsmöglichkeiten sei es besonders wichtig, so Herr **Kissing**, klare Strukturen und Verantwortungen sowie ein umfangreiches Rechnungswesen mit einer Vollkostenbetrachtung einzuführen.

Herr **Brüggemann** zeigte sich zuversichtlich, dass bereits nach Ablauf eines Jahres Leistungszahlen vorgelegt werden können. Eine Abrechnung der für den Mensabetrieb anfallenden Energiekosten sei derzeit jedoch noch nicht möglich.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Kamen nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und ermächtigt die Verwaltung, einen Mensa-Verein zur Leistung und Lieferung von Mittagessen und zum Betrieb einer Kiosk-Ausgabe an Kamener Schulen auf der Grundlage der vorgelegten Satzung mit Wirkung zum 01.08.2007 zu gründen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.
009/2007

Sportförderung in Kamen
hier: Übertragung von Ressourcenverantwortung an die Vereine

Herr **Güldenhaupt** informierte über den Sachstand der durch die Verwaltung mit den Sportvereinen, die die Außensportanlagen nutzen, geführten Gespräche. Im Bereich der Pflegearbeiten würden in Abstimmung mit den Vereinen nur wenige Möglichkeiten einer Aufgabenübertragung bestehen. Überdies würde aufgrund des notwendigen Einsatzes von Großgeräten durch den Fachbereich Servicebetriebe, die auch für andere Arbeiten im Stadtgebiet eingesetzt werden, eine Übertragung der Rasen- und Tennisplatzpflege nicht in Betracht kommen. Hinsichtlich der Übernahme kleinerer Pflegearbeiten würden derzeit noch konkretere Gespräche mit einem Verein geführt.

Durch die Verwaltung würden darüber hinaus Gespräche über eine Energiekostenbeteiligung für eine nichtsportliche Nutzung der Vereinsräume geführt. Die hier zu treffenden Absprachen seien noch nicht abgeschlossen. Insoweit handele es sich um einen Zwischenbericht.

Frau **Scharrenbach** wies auf die zahlreichen Anträge der CDU-Fraktion zu diesem Thema hin.

Insbesondere vor dem Hintergrund einer Energiekosteneinsparung bat sie um Vorlage einer Energiekostenaufstellung für alle Schul- und Sportgebäude. Des Weiteren bat sie um Mitteilung, ob die Verwaltung aufgrund des im letzten Jahr vorgenommenen Öko-Schecks Maßnahmen eingeleitet habe.

Herr **Brüggemann** antwortete, dass in den umfangreichen Gesprächen deutliche Hinweise über weitere Energiekosteneinsparungen mit den Vereinen ausgetauscht wurden. Es sei ein langer Weg, jedem einzelnen Sportler das notwendige Bewusstsein zu vermitteln.

Die für die Sportstätten anfallenden Energieverbräuche seien mehrfach im Schul- und Sportausschuss dargelegt worden.

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 7.

Ortsbesichtigung der Käthe-Kollwitz-Schule
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Zur Begründung des Antrages führte Frau **Scharrenbach** aus, dass die CDU-Fraktion bereits in den Haushaltsplanberatungen im letzten Jahr beantragt habe, für Umbau- und Sanierungsmaßnahmen an der Käthe-Kollwitz-Schule Haushaltsmittel von 300.000 € einzustellen. Der Antrag sei zur weiteren Beratung einschließlich Durchführung einer Ortsbesichtigung der Käthe-Kollwitz-Schule an den Schul- und Sportausschuss verwiesen worden.

Eine Besichtigung der Schule nach den Sommerferien sei mit Blick auf den Haushalt 2008 zu spät. Insoweit sollte der Beschluss des Rates zeitnah umgesetzt werden.

Herr **Brüggemann** entgegnete, dass die Verwaltung vorschlage, aufgrund gegenüber der Schule bereits im Herbst des vergangenen Jahres zugesagter, laufender und in den Sommerferien durchzuführender baulicher Maßnahmen, die Besichtigung erst nach den Sommerferien durchzuführen, um sich dann einen Überblick über die Situation verschaffen zu können. Dieses sei ein zeitgerechtes Vorgehen auch mit Blick auf den Haushalt 2008, da die Fachbereiche in und nach den Ferien die Mittelanmeldungen erarbeiten würden und die Verwaltungsleitung die ersten Beratungen zum Haushalt erst im September aufnehmen.

Herr **Güldenhaupt** ergänzte, dass er bereits in den Schulkonferenzen am 19.09.2006 und 12.02.2007 die in diesem Jahr durchzuführenden baulichen Maßnahmen erläutert habe. Diese Maßnahmen seien auch Gegenstand des Gespräches zwischen Elternvertretern, Schulleitung, dem Bürgermeister und dem Beigeordneten am 14.02.2007 gewesen. In diesem Gespräch sei auch deutlich gemacht worden, dass die Stadt Kamen als Schulträger selbstverständlich alle Maßnahmen, die für einen qualifizierten Schulbetrieb erforderlich sind, auch in der Vergangenheit umgesetzt habe und in Zukunft umsetzen werde.

Bis zum Ende der Sommerferien würden u.a. Anstricharbeiten und Arbeiten zur Sanierung des Parketts sowie der Beleuchtung durchgeführt. Insoweit empfehle er einen Besichtigungstermin nach den Sommerferien, um beurteilen zu können, welche Arbeiten noch durchzuführen sind.

Wie durch die Verwaltung dargelegt, so Herr **Klanke**, werde bis zum Ende der Sommerferien einiges in der Schule getan. Insoweit sei es sinnvoll, die Besichtigung nach den Sommerferien durchzuführen.

Frau **Scharrenbach** bemerkte, dass sie der Argumentation der Verwaltung nicht folgen könne und bat um Mitteilung, ob die Verwaltung bereit sei, ausreichende Haushaltsmittel für eine Sanierung in den Haushalt 2008 einzustellen. Die auch im Schulgutachten festgestellten Investitionsmaßnahmen seien seit 10 Jahren geschoben worden. Als Beispiel nannte sie die Sanierung des Schulhofes. Offensichtlich würden nicht die gleichen Grundsätze für die Käthe-Kollwitz-Schule gelten wie für die anderen Schulen.

Herr **Brüggemann** wies den Vorwurf, die Verwaltung kümmere sich im Vergleich der Standorte weniger um die Käthe-Kollwitz-Schule, zurück. Dieses sei mit Blick auf die in der Vergangenheit durchgeführten Maßnahmen definitiv falsch.

Unabhängig von der Gebäudesubstanz und damit einhergehender Sanierungsmaßnahmen sei vorrangig die innere Nutzungsqualität sicherzustellen. Insoweit könne er keine Zusage erteilen, dass unter Berücksichtigung der Finanzsituation für eine Sanierung der Gebäudesubstanz Haushaltsmittel in den Haushalt 2008 eingestellt werden.

Frau **Möller** schlug vor, zwei Besichtigungen durchzuführen, um den Ist-Zustand feststellen zu können und zu sehen, was bis zum zweiten Besichtigungstermin gemacht wurde und anschließend noch zu veranlassen ist.

Frau **Dyduch** verbat sich den Versuch der Diktion, dass die Käthe-Kollwitz-Schule das Schlusslicht der Kamener Schullandschaft sei. Alle Schulen und Kinder seien der SPD-Fraktion gleich viel wert. Die Schullandschaft sei in Kamen gut aufgestellt.

Herr **Brüggemann** erklärte abschließend, dass die Verwaltung als Beschlussvorschlag zum Antrag der CDU-Fraktion einbringe, dass die Verwaltung beauftragt wird, eine Ortsbesichtigung der Käthe-Kollwitz-Schule in der bereits terminierten Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 06.09.2007 zu organisieren.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag der CDU-Fraktion zur Ortsbesichtigung der Käthe-Kollwitz-Schule wurde bei 7 Ja-Stimmen mit 10 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wurde mit 11 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen und einer Enthaltung angenommen.

Zu TOP 8.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

8.1 Mitteilungen der Verwaltung

8.1.1 Herr **Töpfer** berichtete über die geänderte Konzeption des Sportverbandes Kamen e.V. zur Durchführung der Sportlerehrung am 21.04.2007 in der Stadthalle Kamen und gab einen Überblick über das Programm.

8.1.2 Herr **Güldenhaupt** teilte mit, dass sich der KreisSportBund Unna e.V. für die Ausrichtung der Ruhrolympiade im Jahr 2009 beworben habe. Mit einer Entscheidung sei jedoch nicht vor Anfang 2008 zu rechnen.

8.1.3 Frau **Schwenzner** informierte über den derzeitigen Stand der Anmeldezahlen zu den weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2007/08. Aufgrund des in diesem Jahr sehr spät durchgeführten Anmeldeverfahrens und des noch laufenden Abgleiches sei es der Verwaltung nicht möglich gewesen, bereits jetzt eine qualifizierte Vorlage vorzulegen. Nach dem derzeitigen Stand würden folgende Anmeldezahlen vorliegen:

Gesamtschule 180, Gymnasium 129, Realschule 114 und Hauptschule 32.

Eine 4-Zügigkeit der Realschule im Schuljahr 2007/08 sei zwischen der Verwaltung, der Schulleitung und der Bezirksregierung Arnsberg bereits abgestimmt.

8.1.4 Frau **Schwenzner** berichtete, dass sich die Hauptschule zukünftig an dem Projekt Selbstständige Schule als Korrespondenzschule beteiligen wird. Eine entsprechende Kooperationsvereinbarung zwischen der Hauptschule und der regionalen Steuergruppe der Region Kreis Unna sei am 20.03.2007 unterzeichnet worden. Die Korrespondenzschulen sollen an den wesentlichen inhaltlichen Entwicklungsbereichen des Projektes Selbstständige Schule teilhaben, sind jedoch keine Modellschulen des Projektes, so dass die gesetzlich geregelten, erweiterten Gestaltungsfreiräume für sie nicht gelten.

8.1.5 Herr **Brüggemann** informierte darüber, dass durch die Landesregierung das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ initiiert wurde. Konkrete Projektinhalte lägen noch nicht vor. Ein entsprechendes Projektbüro solle zum Sommer 2007 eingerichtet werden. Über die konkrete Umsetzung, die insbesondere Bedeutung für die Musikschule erlangen werde, würde die Verwaltung dann im Kulturausschuss berichten.

8.2 Anfragen

Anfragen lagen nicht vor.

gez. Eckardt
Vorsitzender

gez. Güldenhaupt
Schriftführer